Niederschrift
über die
Sitzung des Gemeinderats Rieden

Sitzungstermin: Montag, den 25.03.2024
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Pension Leich, Brohltalstraße 6, 56745 Rieden

Anwesend waren:

Ortsbürgermeister

Herr Andreas Doll

Vorsitzender, Mandat niedergelegt

1. Beigeordneter

Herr Jochen Marx

gewähltes Ratsmitglied

CDU

Herr Jürgen Andres

Herr Tobias Hackenbruch

Fraktionsvorsitzender

Frau Elisabeth Krautkrämer

Herr Stefan Müller

Herr Martin Schmidt

Herr Thomas Schüller

Frau Maria-Therese Weiler

SPD

Herr Bernd Dobrzynski

Herr Lothar Hackenbruch

Frau Esther Rausch

Fraktionsvorsitzende

Herr Theo Rausch

F.D.P.

Herr Benjamin Brüser

Herr Nicolas Engel

Herr Alfred Nett

Bürgermeister der Verbandsgemeinde

Herr Jörg Lempertz

Verwaltung

Frau Silvana Monschauer

Herr Jörg Rausch

Herr Otmar Schüller

Frau Jennifer Simon

Schriffthführer

Abwesend waren:

Beigeordneter

Herr Louis Lischwe

Beigeordneter, kein gewähltes Ratsmitglied

F.D.P.

Herr Alexander Reuter

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates Rieden vom 05.02.2024 werden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung Öffentliche Sitzung

1. Bauleitplanung der Ortsgemeinde Rieden, Bebauungsplan "Verlängerung Vulkanstraße und 3. Änderung Dornheck/Schweinsgraben";
 - a) Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
 - b) Auftragsvergaben
2. Teilnahmevertrag zum Programm Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)
3. Mitteilung - Information zum Haushaltsvollzug gem. § 21 GemHVO per 31.12.2023
4. Übertragung von Haushaltsmitteln gem. § 17 GemHVO
5. Mitteilung zur Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2024
6. Erlass einer neuen Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Rieden
7. Zustimmung über die Einwerbung von Spenden/Sponsorengelder
8. Mitteilungen

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt: 1

Bauleitplanung der Ortsgemeinde Rieden, Bebauungsplan "Verlängerung Vulkanstraße und 3. Änderung Dornheck/Schweinsgraben";

a) Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

b) Auftragsvergaben

Sachverhalt:

Die Gemeinde Rieden beabsichtigt, die Planung eines Neubaugebiets im Bereich der Verlängerung Vulkanstraße vorzunehmen. Ein Lageplan aus dem der Geltungsbereich ersichtlich ist, ist in der Anlage beigefügt. Für das beabsichtigte Plangebiet wurde bereits in den Jahren 2005-2009 ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung eines Wohnbaugebietes (WA) durchgeführt. Dieses Bauleitplanverfahren wurde aus verschiedenen Gründen seinerzeit nicht zu Ende geführt, so dass der Bebauungsplan keine Rechtskraft erlangt hat.

Da seit dem seinerzeitigen Verfahren ein langer Zeitraum vergangen ist und in diesem Zeitraum zahlreiche Änderungen im Verfahrensablauf bzw. in den zu berücksichtigenden Vorschriften und Gesetzen erfolgt sind, ist ein Wiederaufgreifen des alten Verfahrens nicht möglich.

Es ist daher erforderlich, den seinerzeitigen Beschluss vom 04.10.2005 zur Aufstellung eines Bebauungsplanes unter der Bezeichnung „Dornheck/Schweinsgraben II“, später unter der Bezeichnung „Verlängerung Vulkanstraße“ weitergeführt, aufzuheben und einen Aufstellungsbeschluss für ein neues Bauleitplanverfahren zu fassen.

Da es sich bei dem zu überplanenden Bereich um Flächen im Außenbereich handelt, kann das Verfahren nur als Regelverfahren gem. §§ 2 ff. BauGB durchgeführt werden. Die Flächen sind im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche dargestellt, so dass das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB eingehalten wird.

Von der Verwaltung wurden für die notwendigen Arbeiten zur Aufstellung des Bebauungsplans bereits Angebote angefordert.

1) Vom Planungsbüro WeSt-Stadtplaner GmbH, Tannenweg 10, 56751 Polch liegt das Honorarangebot vom 25.09.2023 vor. Dieses enthält die Erstellung der Bebauungsplanunterlagen, des Umweltberichts einschl. naturschutzrechtlicher Eingriffs- und Ausgleichsregelungen, der Artenschutzrechtlichen Potenzialanalyse, sowie optional eine evtl. erforderliche Grünlandkartierung. Das Angebot beläuft sich auf 18.859,13 €.

Sollte sich im Verlauf des Verfahrens die Notwendigkeit für tiefergehende Untersuchungen (z.B. Landschaftsbildanalyse, Schallgutachten, spezielle artenschutzrechtliche Prüfung o.ä.) ergeben, so sind hierfür gesonderte Angebote einzuholen.

Der Auftrag an das Planungsbüro sollte vom Gemeinderat komplett gem. vorliegendem Angebot beschlossen werden, die tatsächliche Auftragserteilung durch den Ortsbürgermeister sollte stufenweise -nach Fortschritt des Verfahrens- erfolgen. Zunächst sind die Aufträge für die naturschutz- und artenschutzrechtlichen Erfassungen sowie für die Erstellung eines Vorentwurfs des Bebauungsplans zu erteilen.

2) Vom Büro IBS-Ingenieure GbR, Polcher Straße 4-6, 56727 Mayen liegt ein Honorarangebot vom 21.09.2023 über die Erfassung der Außengebietsentwässerung einschl. Erstellung von Maßnahmvorschlägen sowie Ermittlung der groben Baukosten für notwendige Schutzmaßnahmen vor. Die Angebotssumme beläuft sich auf 4.785,29 €.

Dieser Auftrag sollte vom Gemeinderat beauftragt werden, da diese Grundlagenermittlung bereits für den Vorentwurf des Bebauungsplans erforderlich ist.

Hinweis zur Finanzierung:

Bei Buchungsstelle 511000-562550 sind in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 jeweils 15.000 € für die Erstellung des Bebauungsplans einschl. notwendiger Gutachten eingestellt. Das Bauleitplanverfahren erstreckt sich über zwei Jahre und die Kosten fallen dementsprechend verteilt auf die beiden Haushaltsjahre an. Insgesamt stehen somit 30.000 € für das Bauleitplanverfahren zur Verfügung.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt den Beschluss vom 04.10.2005 zur Aufstellung eines Bebauungsplanes unter der Bezeichnung „Dornheck/Schweinsgraben II“, später unter der Bezeichnung „Verlängerung Vulkanstraße“ weitergeführt, aufzuheben.

Des Weiteren fasst der Gemeinderat den Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den Bebauungsplan „Verlängerung Vulkanstraße und 3. Änderung Dornheck/Schweinsgraben“. Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan.
Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

- b) Mit der Erstellung der Bauleitplanunterlagen wird das Büro WeSt-Stadtplaner GmbH, Polch, gemäß Angebot vom 25.09.2023, zum Angebotspreis i.H.v. 18.859,13 € (brutto), beauftragt.
Die Auftragserteilung erfolgt stufenweise durch den Ortsbürgermeister. Zunächst werden die Aufträge für die notwendigen naturschutz- und artenschutzrechtlichen Erfassungen sowie für die Erstellung eines Vorentwurfs des Bebauungsplans erteilt.

Der Auftrag zur Erfassung der Außengebietsentwässerung wird an das Büro IBS-Ingenieure GbR, Polcher Straße 4-6, 56727 Mayen, gemäß Angebot vom 21.09.2023, zum Angebotspreis i.H.v. 4.785,29 € (brutto), vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	X
Zustimmungen	./.
Ablehnungen	./.
Stimmenenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 2

Teilnahmevertrag zum Programm Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)

Sachverhalt:

Kredite zur Liquiditätssicherung (bei Einheitskassen: Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde) dienen grundsätzlich zur Sicherstellung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Kommune und sind nur zur kurzfristigen Liquiditätssicherung bestimmt.

In den vergangenen Jahren haben sich Liquiditätskredite in der Praxis jedoch zu einem dauerhaften Finanzierungsinstrument für laufende Auszahlungen entwickelt und haben in Rheinland-Pfalz eine kritische Höhe erreicht.

Mit dem Landesgesetz über die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen möchte der Landtag Rheinland-Pfalz die von einer besonders hohen Liquiditätskreditverschuldung betroffenen Kommunen in Rheinland-Pfalz entlasten. Die Teilnahme ist freiwillig. Durch das Gesetz werden Kommunen von einem Teil ihrer Schuldenlast befreit. Die Kommunen erhalten die Möglichkeit und haben zugleich die Verpflichtung, die verbleibenden Liquiditätskredite selbst zu kontrollieren und zu reduzieren.

Die bei den Gemeinden verbleibenden Liquiditätskredite sollen binnen 30 Jahren vollständig getilgt werden; unabhängig davon, ob eine Kommune an dem Programm PEK-RP teilnimmt oder nicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine parallele Teilnahme am PEK und am Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) nicht möglich ist. Das bedeutet, dass der Ortsgemeinde Rieden bei Teilnahme am PEK im Jahr 2023 letztmalig Zuweisungen aus dem KEF gewährt wurden (jährlich 22.093,00 EUR seit 01.01.2012, der ursprüngliche Vertrag läuft bis längstens zum 31.12.2026).

Die Daten zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage wurden durch die Verwaltung fristgerecht bis zum 30.06.2023 im Antragsportal der ISB erfasst.

Hierbei wurde eine Anpassung der Bemessungsgrundlage gem. § 6 Nr. 5 LGPEK-RP um kurzfristig verfügbares Finanzvermögen aus Investitionskrediten i. H. v 107.378,21 EUR vorgenommen. Die Bemessungsgrundlage beläuft sich demnach auf einen Betrag von 944.821,21 EUR statt 837.443,00 EUR.

Der Bewilligungsstelle liegen zwischenzeitlich die Anträge aller teilnehmenden Kommunen vor. Da das Gesamtvolumen des Landes RLP auf 3 Mrd. EUR begrenzt ist, kann nun das jeweilige endgültige Entschuldungsvolumen ermittelt werden. Die Ortsgemeinde Rieden erhält gemäß dem Vertragsangebot ein endgültiges Entschuldungsvolumen i. H. v. 488.089,00 EUR.

Ein Abgleich des Liquiditätsbestandes mit dem endgültigen Entschuldungsvolumen hat zwischenzeitlich immer wieder zu erfolgen (fortlaufende Verpflichtung bis zum Erlass des Bewilligungsbescheides); bei erheblichen Veränderungen sind diese mitzuteilen.

Der Vertrag ist von der kommunalen Vertretungskörperschaft kurzfristig zu beschließen und der Beschluss ist dem Finanzministerium innerhalb von 2 Wochen durch eine beglaubigte Abschrift vorzulegen.

Sobald der Verwaltung alle Beschlüsse und unterzeichneten Verträge innerhalb der Verbandsgemeinde Mendig vorliegen, erfolgt der Versand gebündelt an das Finanzministerium.

Zu beachten ist, dass grundsätzlich innerhalb eines Monats die Unterlagen nach Zugang des Vertragsangebotes an das Finanzministerium zu übersenden sind. Diese Frist wurde inzwischen vom

Ministerium um einen weiteren Monat verlängert.

Die Bewilligungsbescheide werden der Verbandsgemeinde gebündelt zugeleitet. Die Bescheide werden grds. innerhalb eines Monats unanfechtbar, es sei denn, die Kommune hat einen Rechtsmittelverzicht erklärt. Eine Verfahrensbeschleunigung kann hierdurch jedoch nicht erreicht werden.

Das Land tilgt die übernommene Schuld unmittelbar durch eine Überweisung an die Einheitskasse. Der Termin hierfür liegt im Jahr 2024 und wird im Bewilligungsbescheid festgelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat Rieden beschließt, am Programm PEK-RP teilzunehmen.

Der Gemeinderat stimmt dem der Beschlussvorlage beigefügten Vertragsangebot zur Teilnahme am Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)“ zu und ermächtigt den Ortsbürgermeister, den Vertrag abzuschließen/zu unterzeichnen.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Finanzministerium innerhalb von 2 Wochen eine beglaubigte Abschrift des gefassten Beschlusses vorzulegen sowie den unterzeichneten Vertrag zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig
Zustimmungen
Ablehnung
Stimmenenthaltungen

Beschluss:

Der Gemeinderat Rieden beschließt, am Programm PEK-RP teilzunehmen.

Der Gemeinderat stimmt dem der Beschlussvorlage beigefügten Vertragsangebot zur Teilnahme am Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)“ zu und ermächtigt den Ortsbürgermeister, den Vertrag abzuschließen/zu unterzeichnen.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Finanzministerium innerhalb von 2 Wochen eine beglaubigte Abschrift des gefassten Beschlusses vorzulegen sowie den unterzeichneten Vertrag zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	X
Zustimmungen	./.
Ablehnungen	./.
Stimmenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 3

Mitteilung - Information zum Haushaltsvollzug gem. § 21 GemHVO per 31.12.2023

Sachverhalt:

Gem. § 21 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) erfolgt die Unterrichtung des Gemeinderates über den Stand des Haushaltsvollzugs während des Haushaltsjahres nach den örtlichen Bedürfnissen der Gemeinde. Über das Erreichen der Finanz- und Leistungsziele soll der Gemeinderat zum 30. Juni und 31. Dezember spätestens zwei Monate nach dem jeweiligen Stichtag unterrichtet werden.

Die Haushaltssatzung mit -plan für das Haushaltsjahr 2023 wurde im Gemeinderat am 29.03.2023 beschlossen. Die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erfolgte mit Schreiben vom 20.04.2023. Die Haushaltssatzung wurde am 03.05.2023 veröffentlicht.

Ausführliche Informationen zum Haushaltsvollzug zum Stichtag 31.12.2023 sind der beigefügten Anlage zu entnehmen. Weiterhin ist ein Auszug der Finanzrechnung mit Konten zum 31.12.2023 beigefügt.

Tagesordnungspunkt: 4

Übertragung von Haushaltsmitteln gem. § 17 GemHVO

Nach § 17 Abs. 5 GemHVO ist für die Übertragung von Ermächtigungen im ordentlichen Bereich ein Ratsbeschluss notwendig.

Folgende Ansätze für ordentliche Aufwendungen/ordentliche Auszahlungen sollen gem. § 17 Abs. 1 GemHVO vom Haushaltsjahr 2023 auf das Haushaltsjahr 2024 übertragen werden:

Buchungsstelle	Posten EH/FH	Teilhaushalt	Haushaltsmittel 2023 In EUR	verwendet in 2023 in EUR	Übertragungsbetrag in EUR	wofür	Bemerkung
541101.523380	E10/F10	3	20.000,00	1.550,82	18.449,18	Straßen, Unterhaltung	Die im Vorjahr nicht verwendeten Mittel sollen nach 2024 übertragen werden.
555900.523380	E10/F10	3	7.000,00	0,00	7.000,00	Feldwege, Unterhaltung /Ableitung Oberflächenwasser auf den Wirtschaftswegen	Die im Vorjahr nicht verwendeten Mittel sollen nach 2024 übertragen werden.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Aufwands- sowie Auszahlungsermächtigungen des Jahres 2024 werden durch die Übertragung jeweils um insgesamt 25.449,18 EUR erhöht.

		Ergebnishaushalt, Pos E10		Finanzhaushalt, Pos. F10	
		Ermächtigung 2024 bisher In EUR	Ermächtigung 2024 neu in EUR	Ermächtigung 2024 bisher in EUR	Ermächtigung 2024 neu In EUR
Gesamthaushalt		241.930,00	267.379,18	241.930,00	267.379,18
Teilhaushalt 3		176.040,00	201.489,18	176.040,00	201.489,18

Bei Inanspruchnahme der Ermächtigung im Jahr 2024 verschlechtert sich das geplante Jahresergebnis. Im Finanzhaushalt erhöht sich bei Inanspruchnahme der Ermächtigung der Finanzmittel-fehlbetrag entsprechend.

Im Jahr 2023 kam es jedoch durch die Nicht-Inanspruchnahme sowohl in der Ergebnis- als auch in der Finanzrechnung zu einem positiveren Ergebnis als geplant.

Im Zeitablauf gleichen sich die so hervorgerufenen Überschüsse und Fehlbeträge betrags-genau aus.

Zur Übertragung von Ansätzen für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ist eine Übertragbarkeit gem. Nr. 6 der VV zu § 17 GemHVO nicht gesondert zu beschließen, da diese gesetzlich besteht und ein Beschluss hierfür entbehrlich ist. Dennoch ist dem Rat eine konkrete Auflistung vorzulegen, ob und in welcher Höhe konkrete Übertragungen erfolgt sind. Eine entsprechende Übersicht ist der Anlage beigefügt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gem. § 17 Abs. 5 GemHVO i. V. m. § 17 Abs. 1 GemHVO die Übertragung der im Sachverhalt aufgeführten ordentlichen Haushaltsmittel von insg. 25.449,18 EUR vom Haushaltsjahr 2023 in das Haushaltsjahr 2024.

Der Gemeinderat nimmt die Übertragung von Ansätzen für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gem. beigefügter Übersicht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	X
Zustimmungen	./.
Ablehnungen	./.
Stimmenenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 5

Mitteilung zur Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2024

Sachverhalt:

Die vom Gemeinderat am 05.02.2024 beschlossene Haushaltssatzung wurde mit dem Haushaltsplan, dem Stellenplan und weiteren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorgelegt.

Mit Schreiben vom 22.02.2024 teilt die Kommunalaufsicht mit, dass gemäß § 93 Abs. 4 GemO der Haushalt 2024 der Ortsgemeinde Rieden in der Planung im Ergebnis- und Finanzhaushalt ausgeglichen ist.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung für den in § 2 der Haushaltssatzung 2024 festgesetzten Gesamtbetrag der Investitionskredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 337.950 EUR wird unter der Maßgabe erteilt, dass diese Kredite nur zur Finanzierung von Maßnahmen verwendet werden dürfen, die eine der ausnahmebegründenden Anforderungen der Ziffer 4.1.3. der VV zu § 103 GemO erfüllen. Dies ist für jede einzelne Investition aktenmäßig und nachvollziehbar zu dokumentieren und zu verantworten. Eine entsprechende Dokumentationsvorlage ist als Anlage beigefügt.

Verpflichtungsermächtigungen waren im Haushaltsplan 2024 nicht vorgesehen.

Ebenfalls wurde die aufsichtsbehördliche Genehmigung für den in § 4 der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber der Einheitskasse der Verbandsgemeinde Mendig i. H. v. 1.855.320 EUR erteilt.

Es wird von der Aufsichtsbehörde festgehalten, dass die Ortsgemeinde Rieden sich auf das Notwendige konzentrieren, alle Ausgaben kritisch hinterfragen sowie alle Einnahmepotenziale ausschöpfen muss, um den anstehenden finanziellen Herausforderungen der Ortsgemeinde (z.B. Kita-Erweiterung) nachkommen zu können.

Des Weiteren hat die Aufsichtsbehörde mitgeteilt, dass sie nicht beabsichtigt, gegen die übrigen Festsetzungen der Haushaltssatzung und des dazu gehörenden Haushaltsplanes einschließlich des Stellenplanes Bedenken wegen Rechtsverletzung zu erheben.

Tagesordnungspunkt: 6

Erlass einer neuen Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Rieden

Sachverhalt:

Die bisherige Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Rieden bedarf der Anpassung.

Hauptgrund ist dabei die alsbald geplante Einführung neuer Grabarten auf dem Friedhof. So sollen hier künftig Urnenbeisetzungen als Baumbestattung angeboten werden. Daneben soll ein neues Gräberfeld ausgewiesen werden, wo Erdbestattungen (Einzelgräber) als sogenannte „Rasengräber“ ermöglicht werden. Neben diesen Neuerungen wurde auch eine rechtliche und redaktionelle Aktualisierung der bisherigen Friedhofssatzung vorgenommen.

Der Entwurf der neuen Friedhofssatzung ist dieser Sitzungsvorlage beigelegt. Daneben wurde von der Verwaltung eine Synopse erstellt, in der in zwei Spalten die Regelungen der alten Satzung (linke Spalte) dem Text der neuen Satzung (rechte Spalte) gegenübergestellt sind. Zur besseren Erkennbarkeit sind die Änderungen der neuen Satzung in der rechten Spalte **rot eingefärbt**.

Abschließend erfolgt der Hinweis, dass die Arbeiten für die Erstellung der Friedhofsgebührenkalkulation nahezu abgeschlossen sind. Die notwendigen Daten und Unterlagen liegen der beauftragten Kommunalberatung RLP vor. Es wird angestrebt, dass in der besagten Gebührenkalkulation auch Aussagen hinsichtlich der Gebührenhöhe für die neuen Grabarten (Baumbestattungen und Rasengräber) getroffen werden.

Hinweis zur Finanzierung:

Keine direkten finanziellen Auswirkungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat Rieden beschließt den Erlass der in der Anlage beigelegten neuen Friedhofssatzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	./.
Zustimmungen	15
Ablehnungen	1
Stimmenenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 7

Zustimmung über die Einwerbung von Spenden/Sponsorengelder

Sachverhalt:

In § 94 der Gemeindeordnung werden die Grundsätze über die Erzielung von Erträgen und Einzahlungen festgelegt.

Hierzu zählen auch Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen, die die Gemeinde einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln darf.

Für die „Einwerbung“ und die Entgegennahme des Angebotes einer Zuwendung sind ausschließlich die Bürgermeister sowie die Beigeordneten (VG + Ortsgemeinden) zuständig.

Der Gemeinderat entscheidet über die Annahme der Spende oder Vermittlung der Spende. Zusätzlich ist die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde über die Vorgänge zu informieren. Durch diese Kontrollfunktion wird vermieden, dass der Eindruck bzw. der Verdacht einer Beeinflussung des Verwaltungshandelns entsteht.

Die Annahme der Spenden in öffentlicher Sitzung beraten wird (Transparenzgebot). Die Spender werden hier namentlich nicht erwähnt; eine Mitteilung der Spender erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Das Spendenverfahren ist grundsätzlich erst anzuwenden, wenn die Zuwendung im Einzelfall die Wertgrenze von 100,00 EUR übersteigt; bei mehreren Zuwendungen eines Gebers im Haushaltsjahr werden diese addiert.

Hinweis zur Finanzierung:

Beschluss:

Nach der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat über die Annahme bzw. Vermittlung von Spenden zu entscheiden.

Es sind folgende Spenden durch den Bürgermeister bzw. die Beigeordneten eingeworben worden:

Spende (Ifd. Nr.)	Art der Zuwendung	Betrag €	Zahlung am	Verwendungszweck	<u>vermittelt / weitergeleitet an</u>
1	Geldspende	100,00	30.01.24	Spende Dorfverschönerung Rieden	Nein
2	Geldspende	100,00	30.01.24	Spende Kindergarten Rieden	Nein
3	Geldspende	100,00	11.03.24	Spende Dorfverschönerung Rieden	Nein
4	Geldspende	100,00	11.03.24	Spende Kindergarten Rieden	Nein
		400,00			

Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung, die vorgenannten Spenden anzunehmen bzw. zu vermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	X
Zustimmungen	./.
Ablehnungen	./.
Stimmenenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 8

Mitteilungen

Bericht Sitzung des Jugendausschusses:

Der Jugendraum soll im Mai 2024 mit einem Grillevent wiedereröffnet werden. Es haben sich 3 Personen für die Betreuung des Jugendraumes gefunden. Die Öffnungszeiten sollen freitags von 16:00 Uhr – 18:00 Uhr für die 8-12 Jährigen und von 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr für die 12-18 Jährigen.

Es müssen noch kleinere Arbeiten vorgenommen werden (Teeküche aufbauen, Klos reinigen). Eine Tischtennisplatte und ein Billardtisch sind vorhanden.

Feldwege:

Die Anhebungen die durch die Einspülungen sind wieder in Ordnung gebracht worden.

Laienspielgruppe:

Die Vorhalle des Gemeindebüros wird an die Laienspielgruppe vermietet damit dort der Vorverkauf starten kann.

Sportplatz:

Am Samstag wurden bereits einige gelöste Steinen entfernt. Diese Arbeiten werden nach Ostern fortgesetzt

Sirenenanlage:

Eine wurde bereits auf der Grundschule aufgebaut. 2 weitere sollen folgende. Die jetzige Anlage im Oberdorf wird nicht ersetzt. Ein neuer Standort wurde Am Sporthaus gefunden.

Bauarbeiten:

Nach Rückfragen aus dem Rat:

- Die Bauarbeiten in der Oberstraße werden nach Ostern beginnen.
- Der Glasfaserausbau soll laut Auskunft der Westenergie im November beginnen. Aber durch die Situation in Kirchwald kann sich das noch nach hinten verschieben.
- Für die Beleuchtung am Waldsee sind die ersten Leuchtkörper eingetroffen. Ein Teil fehlt aber noch. Jetzt wird eine Firma gesucht, die die Maßnahme umsetzt.
- Lose Steine in der Kirchstr./ Oberstraße sollen durch Einsanden wieder befestigt werden. Der Sand ist schon da und eine Kehrmachine kann von der Firma Kalenborn ausgeliehen werden. Evtl. müssen beschädigte Steine ausgetauscht werden.
- Das fehlende Schild am Kirmesplatz wurde letzten Donnerstag angeliefert und soll, sobald das Personal verfügbar ist, aufgehangen werden.

Vorsitzender
Andreas Doll

Schriftführer
Jennifer Simon